

Halde: „Keine politische Entscheidung“

Zwei Anfragen im Landtag
zum Giesener Bergwerk

KREIS HILDESHEIM/GIESEN. Die Reaktivierung des Giesener Kalibergwerkes, insbesondere die geplante zweite Halde, war auch Thema im Niedersächsischen Landtag. Die FDP-Fraktion richtete dazu zwei Anfragen an die Landesregierung. Sie wurden jeweils von unterschiedlichen Abgeordneten gestellt, die sich mehrfach auf Berichte der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung beziehen. So wollten drei Landtagsmitglieder der Liberalen wissen, wann die „politische Entscheidung“ über die zweite Abraumhalde falle. Das Wirtschaftsministerium betont in seiner Antwort, die Entscheidung sei überhaupt keine politische. Sie richte sich nach den einschlägigen Gesetzen. Das laufende Planfeststellungsverfahren sei ergebnisoffen. In dessen Rahmen werde auch die Umweltverträglichkeit geprüft. Dass mehrere hundert Arbeitsplätze geschaffen werden, sei kein Aspekt, der „ausschließlich für die Frage der rechtlichen Zulassung einer zweiten Abraumhalde von Bedeutung ist oder auch nur sein kann“.

Dass die geltenden umwelt- und naturschutzrechtlichen Vorschriften eingehalten werden müssen, betont das Ministerium auch in der Antwort auf die zweite Anfrage. Deren Kernfrage: Wie steht die Landesregierung zu dem Kalibergwerk? Die FDP äußert ihren Eindruck, dass die Landesregierung keine einheitliche Meinung zu dem Projekt habe. Wirtschaftsminister Olaf Lies begrüße das Projekt, Umweltminister Stefan Wenzel wolle einen zweiten Kaliberg verhindern. Die Antwort des Ministeriums: „Die Landesregierung begrüßt Überlegungen zur Wiederinbetriebnahme.“ Letztendlich sei jedoch in einem ergebnisoffenen Genehmigungsverfahren über die Realisierbarkeit des Vorhabens zu entscheiden. tw